

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Ordnung und Umweltangelegenheiten am 15.10.2015**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale)

Zeit: 17:00 Uhr bis 19:54 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

Andreas Scholtyssek	Ausschussvorsitzender, CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Christoph Bernstiel	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Eberhard Doege	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Erwin Bartsch	DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion im Stadtrat Halle (Saale)
Josephine Jahn	DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion im Stadtrat Halle (Saale)
Marion Krischok	DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), anwesend bis 18:44 Uhr
Gottfried Koehn	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Yvonne Winkler	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM, anwesend bis 19:37 Uhr
Ann-Sophie Bohm-Eisenbrandt	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Maria Genschorek	Sachkundige Einwohnerin
David Horn	Sachkundiger Einwohner ,anwesend bis 19:27 Uhr
Lars Juister	Sachkundiger Einwohner
Hans-Jürgen Krause	Sachkundiger Einwohner
Burkhard Lothholz	Sachkundiger Einwohner
Werner Misch	Sachkundiger Einwohner
Frigga Schlüter-Gerboth	Sachkundige Einwohnerin
Stefan Schulz	Sachkundiger Einwohner, anwesend bis 18:51 Uhr

Verwaltung

Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister
Uwe Stäglin	Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt
Tobias Teschner	Fachbereichsleiter FB Sicherheit
Rita Lachky	Fachbereichsleiterin FB Einwohnerwesen
Steffen Johannemann	FB Umwelt, Abteilungsleiter Abt. Hoheitlicher Umweltschutz
Reik Möller	Referent
Dr. med Karsten zur Nieden	FB Sicherheit, Abteilung Brand-, Katastrophenschutz/RD, Ärztlicher Leiter Rettungsdienst
Manfred Schumann	FB Sicherheit, Abt. Service
Katrin Flint	stellvertretende Protokollführerin

Entschuldigt fehlten:

Gernot Töpfer	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
---------------	---

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung wurde von **Herrn Andreas Scholtyssek** eröffnet und geleitete. Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

Herr Scholtyssek begrüßte **Herrn David Horn** als neuen sachkundigen Einwohner im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Scholtyssek empfahl den Tagesordnungspunkt

7.3 Information zum Zustand der Rettungswachen

vor die Behandlung der Beschlussvorlagen zu ziehen, welche wohl mehr Zeit in Anspruch nehmen werden.

Weitere Anmerkungen zur Tagesordnung gab es nicht, so dass **Herr Scholtyssek** um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgesetzt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 10.09.2015
- 7.3 Information zum Zustand der Rettungswachen
4. Beschlussvorlagen
- 4.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014
Vorlage: VI/2015/01200
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Anfrage der Stadträtin Ann-Sophie Bohm-Eisenbrandt zur Aufnahme von Fundtieren und herrenlosen Tieren
Vorlage: VI/2015/01249

- 7. Mitteilungen
 - 7.1. Baumfällliste
 - 7.2. Bilanz der Sturmschäden vom 07./08. Juli 2015 im öffentlichen Raum
- 8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 9. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 10.09.2015

Frau Bohm-Eisenbrandt bedauerte die verkürzte Darstellung der Nachfragen zum Tagesordnungspunkt:

- 4.1 Abfallwirtschaftskonzept 2015 für die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/00850

und bat um entsprechenden Nachtrag.

Weitere Anmerkungen zur Niederschrift gab es nicht.

Abstimmungsergebnis: vertagt

zu 7.3 Information zum Zustand der Rettungswachen

Herr Dr. med zur Nieden informierte anhand einer Präsentation zum Zustand der Rettungswachen.

Anmerkung: Die Präsentation ist in Session hinterlegt.

zu 4 Beschlussvorlagen

- zu 4.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014
Vorlage: VI/2015/01200
-

- zu 4.1.1 Änderungsantrag des sachkundigen Einwohners Werner Misch und des Stadtrates Eberhard Doege zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014 - VI/2015/01200 (Brandschutz, Rettungsd.Katastrophenschutz)
Vorlage: VI/2015/01342
-

Herr Bernstiel merkte an, dass er bereits im letzten Jahr beantragt hatte, den Haushaltsplan

mit einem Inhaltsverzeichnis zu versehen. Es gestalte sich mit dem iPad sehr schwierig, sich produktweise durch den Haushalt zu arbeiten.

Anmerkung: Der Haushaltsplan enthält auf den Seiten 7 bis 11 ein Inhaltsverzeichnis.

Frau Bohm-Eisenbrandt merkt an, das auf dem iPad auf den einzelnen Seiten das Häkchen bei „Auftragsgrundlage / Rechtliche Grundlage“ nicht ersichtlich ist.

Gemäß der Zuständigkeitsordnung empfahl **Herr Scholtyssek** die Bereiche in folgender Reihenfolge zu behandeln: FB Sicherheit, FB Einwohnerwesen, DLZ Klimaschutz, FB Umwelt, Märkte.

Herr Doege empfahl eine Behandlung des Stellenplans aus fachlicher Sicht.

Dem gegenüber gab es keine Einwände. Es wurde aber darauf hingewiesen, dass der komplette Stellenplan im Ausschuss für Personalangelegenheiten behandelt wird.

Im Weiteren bat **Herr Scholtyssek** die Verwaltung um Einbringung des Haushalts.

Fachbereich Sicherheit S. 206 – 266

Herr Teschner führte in den Haushalt des Fachbereichs Sicherheit ein und fasste folgende Zahlen zusammen:

Aufwendungen in Höhe von 44.740.295 €, davon ca. 25 Millionen € Personalaufwendungen
Erträge in Höhe von 22.578.399 €

Wesentliche enthaltene Investitionen:

- 150 Überdruck-Pressluftatmer (106.500 €)
- 2 Hilfeleistungs- und Löschfahrzeuge (900.000 €)
- Migration Leitstelle (810.000 €)
- 1 Drehleiter (572.600 Euro)
- 1 Einsatzleitwagen (78.000 €)
- 3 Rettungswagen (je 128.000 € = 384.000 €)
- 1 Arzttruppwagen (58.000 €)
- Planungskosten Neubau Gerätehaus FF Dörlau 73.000 € bis Planungsstufe 3 (Bau 2017/2018)

Herr Scholtyssek bat im Weiteren um Nachfragen.

Bezogen auf die Darstellung des Zuschussbedarfes je Leistung auf Seite 210, Leistung 1.12201.09, Verwarn- und Bußgelder, fragte **Herr Doege**, warum es eine so große Abweichung im Plan 2015 (178.656 €) und 2016 (180.437 €) zum Ergebnis 2014 (1.273.801 €) gibt.

Herr Schuhmann erklärte dies mit einer internen Verschiebung mit der Leistung 1.12201.07, Überwachung ruhender Verkehr.

Frau Krischok fragte nach den 10 zusätzlichen Personalstellen im FB Sicherheit.

Herr Teschner sagte, dass in der Leitstelle ein Personalaufwuchs zu verzeichnen ist. Im Einzelnen betrifft das 4 zusätzliche Stellen in der Leitstelle und 6 zusätzliche Stellen bei der ITW (Intensivtransportwagen).

In diesem Zusammenhang erklärte **Herr Doege**, dass auf Seite 1328 nur 7 zusätzliche Stellen ausgewiesen sind. Er bat um entsprechende Korrektur.

Herr Teschner sagte eine Prüfung zu.

Herr Misch fragte zum Brand- und Katastrophenschutz, speziell zur Wasserwacht des Deutschen Roten Kreuzes und der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft. Er führte aus, dass beide Institutionen im Katastrophenfall für entsprechende Aufgaben herangezogen werden. Sie trainieren in den städtischen Schwimmhallen, wo sie auch die entsprechende Bahnbenutzungsgebühr zu bezahlen haben. Die Stadt Halle bezuschusst dies. Seiner Erinnerung nach wurden die Bahnbenutzungsgebühren vor gut zwei bis drei Jahren erhöht. Demzufolge wurde damals im Stadtrat der Beschluss gefasst, dass diese Erhöhung der Bahnbenutzungsgebühren durch eine Erhöhung des Zuschusses ausgeglichen wird. In der in diesem Jahr stattgefundenen Sitzung des Bäderbeirats wurde beschlossen, dass die Bahnbenutzungsgebühren stufenweise ansteigen und dadurch sich die Kosten für die Deutsche Lebensrettungsgesellschaft jährlich um 1800 € und für die Wasserwacht des Deutschen Roten Kreuzes um 570 € erhöhen. **Herr Misch** fragt daher, ob diese Erhöhung bereits in den Haushalt eingearbeitet ist und wenn nein, ob die Verwaltung die Möglichkeit sieht, dies innerhalb des Bereiches durch Umschichtungen auszugleichen.

Herr Teschner sagte, dass ein solcher Ausgleich im Haushaltsplanentwurf 2016 nicht enthalten ist.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand erklärte, dass die Vereinbarung zur Erhöhung der Bahnbenutzungsgebühren mit allen Vereinen besprochen wurde und auch beide Vereine dem Kompromiss zugestimmt hatten. Eine Berücksichtigung zur erhöhten Bezuschussung der benannten Vereine ist nicht möglich, denn dann wäre der damals ausgehandelte Kompromiss nicht mehr tragbar. Entsprechend wünschen dann alle weiteren Vereine eine erhöhte Bezuschussung.

Bezugnehmend auf die Tabelle auf Seite 56, Position Papierkorbentleerung, Entleerung und Hundetoiletten, fragte **Frau Krischok**, warum sich der Ansatz in Plan 2017 zum Plan 2016 erhöht.

Zur Position Straßenreinigung / Winterdienst fragte sie nach, warum sich der Planansatz von 2015 zum Planansatz 2016 um 0,2 erhöht.

Herr Teschner sagte eine Prüfung zu.

Bezugnehmend auf Seite 211, Gewährleistung der allgemeinen Sicherheit und Ordnung - Anzahl der Kontrollen, fragte **Herr Scholtyssek**, warum sich die Zahl vom Ergebnis 2014 (16.200) zum Ansatz 2015, 2016 bis 2019 extrem verringert hat (auf 7.000).

Herr Teschner sagte eine Prüfung zu.

Frau Scholtyssek fragte zur Seite 222, warum im Ansatz 2019 ein Zuschuss von 150.000 € zu verzeichnen ist.

Herr Teschner sagte, dass ein neues Fahrzeug beschafft wird, wobei das alte nicht gleich ausgesondert wird.

Bezugnehmend zum Brandschutz, Rettungsdienst, Katastrophenschutz auf Seite 226, stellte **Herr Misch** als sachkundiger Einwohner mit Unterstützung von **Herrn Stadtrat Doege** folgenden Änderungsantrag:

Der Haushaltsansatz 16_0-370_2 „Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz“ wird um 2.370,00 EUR erhöht. Für den Fall, dass eine interner Ausgleich nicht möglich ist, soll der Haushaltsansatz 1.12201.07 „Überwachung ruhender Verkehr“ entsprechend erhöht werden.

Frau Krischok bezog sich auf der Seite 227, Brandschutz Berufsfeuerwehr, auf die Tabelle „Ziele und Kennzahlen des Produktes“ und fragte, warum bei der Brandbekämpfung und technischen Hilfeleistung der Ansatz in den Jahren 2016 bis 2019 schwankt.

Herr Teschner sagte eine Prüfung zu.

Herr Scholtyssek fragte beziehungsweise zur Seite 230, ob im Haushaltsplan 2016 für die geplante dritte Wache in Halle-Ost bereits Ausbildungen von Brandmeisteranwärtern berücksichtigt sind.

Dies verneinte **Herr Teschner**.

Zur Seite 231, Brandschutz Freiwillige Feuerwehr, fragte **Herr Scholtyssek** bei der Brandbekämpfung und technischen Hilfeleistung nach den Gründen der Kostenreduzierung vom Ansatz 2015 zum Ansatz 2016.

Herr Teschner sagte eine Prüfung zu.

Frau Bohm-Eisenbrandt fragte zum Katastrophenschutz auf Seite 238, Zeile 2 – Zuwendungen und allgemeine Umlagen, warum sich der Ansatz auf 0 € reduziert hat.

Herr Schuhmann antwortete, dass es sich im Jahr 2014 um eine Einmalförderung gehandelt habe, eine sogenannte Kulturschutzmaßnahme.

Zum Brandschutz Berufsfeuerwehr aus Seite 250, Zeile 11 - Auszahlungen für den Erwerb von beweglichen oder immateriellen Vermögensgegenständen, fragte **Frau Bohm-Eisenbrandt**, woher die hohe Auszahlungssumme im Ansatz 2016 resultiert.

Herr Teschner begründete dies mit hohen Investitionssummen bei der Ersatzbeschaffung diverser Fahrzeuge und Ausrüstungsgegenständen.

Bezugnehmend zur Seite 260, fragte **Frau Bohm-Eisenbrandt**, wie man auf die Zahlen zum Gender Budgeting kommt. Die Zahlen wirken konstruiert.

Herr Teschner sagte eine Prüfung zu.

FB Einwohnerwesen

Frau Lachky führte in den Haushalt des Fachbereichs Einwohnerwesen ein. Sie erklärte, dass es im Vergleich zum Vorjahr keine gravierenden Unterschiede gibt. Allein im Produkt Wahlen ist aufgrund der Vorbereitung und Durchführung der Landtagswahlen ein höherer Zuschuss zu verzeichnen.

Bezugnehmend zum Produkt Statistik auf Seite 328, fragte **Frau Bohm-Eisenbrandt** zur Tabelle „Ziele und Kennzahlen des Produktes“ an. Beim E-Government gibt es starke Schwankungen. Sie fragte nach den Gründen dafür.

Frau Lachky sagte eine Prüfung zu.

Frau Bohm-Eisenbrandt fragte zum Produkt Wahlen auf der Seite 332, Zeile 5 – Privatrechtliche Leistungsentgelte, Kostenerstattungen und Kostenumlagen, warum im Ansatz 2018 eine Summer aufgelistet ist, denn ihres Wissens nach, finden im Jahr 2018 keine Wahlen statt.

Frau Lachky erklärte, dass es sich hier um Resterstattungen handelt. Es werden nicht immer in dem Jahr, in welchem die Wahl durchgeführt wird, auch die Erstattung ausgelöst.

Herr Doege fragte zur Tabelle „Ziele und Kennzahlen des Produktes“ auf Seite 338, Produkt Einwohnerangelegenheiten, zum Ziel Kundenzufriedenheit an. Laut Tabelle plant man im Ansatz 2016 mit einer durchschnittlichen Wartezeit je Besucher von 21 min. Er stellte fest, dass diese Kennzahl ein sehr hoher Anspruch ist, so mal bei der aktuellen Situation der steigenden Flüchtlingszahlen, diese Wartezeit mitunter nicht realisierbar ist.

Frau Lachky sagte, dass man grundsätzlich mit einer Änderung rechnet. Allerdings hat sich in den letzten drei Monaten die Wartezeit extrem nach hinten verschoben. Als Grund kann hier die steigende Flüchtlingsanzahl genannt werden. Diese Situation ist im Haushaltsplanentwurf 2016 nicht dargestellt.

Herr Doege fragte beziehungsweise zur Seite 343, Produkt Asylbewerber, ob die Zahlen real sind und die Flüchtlingsthematik abbilden.

Frau Lachky verneinte das.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand ergänzte, dass dies ein großer Unsicherheitsposten ist. Bei der Erstellung des Haushaltsplanentwurfes 2016 muss zu einem bestimmten Stichtag ein Schnitt gemacht werden.

Bezugnehmend zur Seite 1328, fragte **Herr Doege**, ob die zusätzlich geschaffenen sechs Stellen im FB Einwohnerwesen ausreichend sein werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand erklärte, dass die Positionen erhöht werden.

Dienstleistungszentrum Klimaschutz

Herr Stäglin führte anhand einer Präsentation in den Haushalt des FB Stadtentwicklung und Umwelt ein.

Anmerkung: Die Präsentation ist in Session hinterlegt.

Frau Bohm-Eisenbrandt fragte zur Seite 364, wann mit der Einbringung der Beschlussvorlage Klimaschutzkonzept zu rechnen ist.

Herr Stäglin sagte, dass ein bereits beschlossenes Klimaschutzkonzept vorliegt. Man werde mit einem Leitbild in die Ratssitzung kommen. Die neu eingestellten Sachmittel ermöglichen die Entstellung des Umsetzungsplans, eine Aussage zum Termin folgt im nächsten Ausschuss. In der aktuellen Prüfung und Rückkopplung mit der Wohnungswirtschaft gibt es potenziell noch ein Projekt, welches man gern als Maßnahme in Bezug auf Städtebauförderung einbeziehen möchte. Es handle sich hier um eine Co-Finanzierung für einen Klimaschutzmanager am Lutherquartier. Intern stimmt man dies gerade ab.

Diesbezüglich bat **Herr Scholtyssek** um Untersetzung der 24.700 € in Zeile 14 (sonstige ordentliche Aufwendungen).

Herr Stäglin sagte eine Erläuterung zu.

Fachbereich Umwelt

Bezugnehmend zum Produkt Umweltschutz auf Seite 378, fragte **Herr Scholtyssek** zur Darstellung „Ziele und Kennzahlen des Produktes“, woher der Aufwuchs der verwaltungsinternen Zuarbeiten und Stellungnahmen inklusive zur Bauleitplanung resultiert.

Herr Stäglin begründete dies mit einer steigenden Anzahl an Maßnahmen, welche entsprechend mehr Stellungnahmen erfordern. Besonders steigt hier die Anzahl durch die Fluthilfemaßnahmen.

Herr Doege nahm Bezug zum mobilen Hochwasserschutz auf Seite 394 und fragte nach den Zuschusssummen von 100.000 € in den Ansätzen 2016 bis 2019.

Herr Stäglin erklärte, dass die Thematik mobiler Hochwasserschutz das Jahr 2016 betrifft. Die Folgejahre 2017 bis 2019 spiegeln die Vorsorgeansätze für andere Projekte dar. Die vom Land angekündigte Förderrichtlinie soll Ende 2015/Anfang 2016 veröffentlicht werden.

Frau Genschorek fragte zur Seite 390, Gefahrenabwehrmaßnahmen Hufeisensee an. Sie nahm Bezug auf die Erläuterung, welche eine Reihe von Altbergbaurestlöchern aufzähle, als nur den Hufeisensee.

Herr Johannemann signalisierte, dass die Bezeichnung unglücklich gewählt ist. Unter dem Produkt 856101010 sollte eher die Bezeichnung Gefahrenabwehrmaßnahmen Altbergbaurestlöcher stehen. Es handelt sich hier um eine Vorhalteposition. Die vorliegenden Summen orientieren sich an den entsprechenden Fördersummen.

Zum Produkt Stadtgrün, öffentliches Grün und Friedhofs- und Bestattungswesen erklärte **Herr Misch**, dass in den Zeilen für Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen Absenkungen zu verzeichnen sind. Er fragte, ob diese Absenkungen der finanziellen Situation zu verschulden sind oder ob neue wissenschaftliche und technische Erkenntnisse zu einem Minderbedarf führen.

Herr Stäglin erklärte, dass man von der Mittelfristplanung ausgeht. Der Ansatz für 2015 stieg aufgrund der Schwerpunktsetzung des Stadtrates und nicht aufgrund des Ansatzes der Verwaltung. Vorliegend hat die Verwaltung ihren Ansatz fortgeschrieben. Technische Neuerungen, die zu einer Absenkung führen, gibt es nicht.

Bezugnehmend zum Produkt Grünflächen, Parkanlagen und Stadtgrün auf Seite 396, Darstellung „Ziele und Kennzahlen des Produktes“, fragte **Frau Jahn**, warum bei Grünflächen extensiv der Ansatz von 2015 auf 2016 doppelt so hoch ist.

Herr Stäglin begründete dies mit dem Prozess der Neuorganisation des Immobilienmanagement, bei dem ein Abgleich zur Flächenzuordnung zwischen der Abteilung Stadtgrün und dem FB Immobilien erfolgt ist.

Herr Doege sagte, dass im FB Immobilien in den Vorjahren auch Mittel für die Grünflächen zur Verfügung gestanden haben müssen. Er fragte, ob diese Mittel hier mit rüber geflossen

sind. Er bat um Prüfung, wieviel die Verwaltung an Mitteln für die Zuordnungsflächen aufgewandt hat.

Herr Stäglich sagte eine Prüfung zu.

Frau Krischok fragte, ob im Haushaltsplanentwurf ersichtlich ist, inwieweit mehr Patenschaften für Grünflächen und Spielplätze nötig sind oder weniger.

Herr Stäglich erklärte, dass durch eine Pflegepatenschaft vielmehr ein Mehrwert für das Stadtbild erzielt wird, ein Ablesen von Auswirkungen im Haushaltsplan ist nicht möglich.

Herr Bartsch fragte zur Seite 402, Friedhofs- und Bestattungswesen, ob für den Erhalt und die Restaurierung künstlerisch wertvoller Grabmäler Mittel im Haushalt eingestellt sind.

Herr Stäglich sagte, dass entsprechende Mittel bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen enthalten sind.

Herr Koehn fragte, wo im Haushaltsplan die vom Bund fließenden Mittel für die Ruherechtsentschädigung zu finden sind.

Herr Stäglich verwies auf das Produkt Friedhofs- und Bestattungswesen; als Einnahme unter privatrechtliche Leistungsentgelte, Kostenerstattungen und Kostenumlagen und als Ausgabe unter sonstige ordentliche Aufwendungen.

Herr Misch bezog sich auf Seite 402 und fragte, ob der Bedarf durch die Friedhöfe abgedeckt ist oder ob ein Mehrbedarf vorhanden ist.

Herr Stäglich antwortete, dass die zur Verfügung stehende Friedhofsfläche den Bedarf abdeckt, sogar ein Überschuss an Flächen besteht.

Märkte

Bezugnehmend auf die Seiten 736 und 737, stellte **Frau Bohm-Eisenbrandt** fest, dass das Rechnungsergebnis für das Jahr 2014 und für die weiteren Jahre schlecht ist. Sie bat um Erklärung und ob hier nicht abgeholfen werden kann.

Herr Doege fragte, wann ein neues Marktkonzept vorgelegt wird. Er fragte, warum der Wochenmarkt Vogelweide weiterhin betrieben wird.

Herr Scholtyssek erinnerte an die Diskussionen aus der letzten Wahlperiode. Mit einer Mehrheit beschloss der Stadtrat, dass der Wochenmarkt Vogelweide vorerst erhalten bleiben soll, um etwaige Verbesserungen abzuwarten.

Frau Krischok bezog sich auf die Darstellung „Ziele und Kennzahlen des Produktes“ auf Seite 736 und fragte, wie man auf die Anzahl von 6 Märkten kommt. In der darüber stehenden Darstellung werden 7 Märkte aufgezählt. Sie bat um entsprechende Untersetzung.

Weitere Fragen gab es nicht.

Herr Stäglich bat darum, der Verwaltung weitere Fragen vorab mitzuteilen, so dass diese zur 2. Lesung beantwortet werden können.

zu 4.1.1 **Änderungsantrag des sachkundigen Einwohners Werner Misch und des Stadtrates Eberhard Doege zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014 - VI/2015/01200 (Brandschutz, Rettungsd.Katastrophenschutz)**
Vorlage: VI/2015/01342

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt,

der Haushaltsansatz 16_0-370_2 „Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz“ wird um 2.370,00 EUR erhöht.

Für den Fall, dass eine interner Ausgleich nicht möglich ist, soll der Haushaltsansatz 1.12201.07 „Überwachung ruhender Verkehr“ entsprechend erhöht werden.

zu 4.1 **Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014**
Vorlage: VI/2015/01200

Abstimmungsergebnis: vertagt
1. Lesung

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2016 mit dem Haushaltsplan 2016.
2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2014 zur Kenntnis.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 6.1 Anfrage der Stadträtin Ann-Sophie Bohm-Eisenbrandt zur Aufnahme von Fundtieren und herrenlosen Tieren Vorlage: VI/2015/01249

Es lag keine Antwort der Verwaltung zur Anfrage von **Frau Bohm-Eisenbrandt** vor. Die Antwort wird bis zur nächsten Sitzung nachgeliefert.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Baumfällliste

Frau Bohm-Eisenbrandt fragte zur Nummer 204, Schimmelstraße, ob es neue Entwicklungen gibt.

Herr Stäglin verneinte dies.

zu 7.2 Bilanz der Sturmschäden vom 07./08. Juli 2015 im öffentlichen Raum

Herr Stäglin informierte anhand einer Präsentation über die Bilanz der Sturmschäden vom 07./08. Juli 2015 im öffentlichen Raum.

Anmerkung: Die Präsentation ist in Session hinterlegt.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 8.1 Anfrage Herr Lothholz zu Folgen und Konsequenzen von Geschwindigkeitsbegrenzungen

Herr Lothholz bezog sich auf eine Sendung im öffentlichen Rundfunk über Folgen und Konsequenzen von Geschwindigkeitsbegrenzungen für Anwohner und Fahrzeugführer.

Er fragte, wie viele Straßen bzw. Zonen in Halle (Saale) derzeit durch Beschilderung mit Geschwindigkeitsbegrenzungen unter 50 km/h und zulässige Gesamtmasse auf unter 7,5 t begrenzt werden und aus welchen Gründen diese Beschilderung aufgestellt wird. Im

Weiteren fragte er, warum die Geschwindigkeitsbegrenzung und Gewichtsbegrenzung in Halle (Saale) Seeben aufgestellt wurde.

Herr Teschner nahm dazu Stellung.

In ca. 270 Zonen bzw. Straßen in Halle (Saale) wurden durch Beschilderungen Geschwindigkeitsbegrenzungen unter 50 km/h angeordnet. Die Straßen mit einer Begrenzung des tatsächlichen Gewichts können zahlenmäßig nicht beziffert werden.

Die Straßenverkehrsbehörden können die Benutzung bestimmter Straßen oder Straßenstrecken gemäß § 45 der Straßenverkehrsordnung beschränken oder verbieten und den Verkehr umleiten. Beispielhaft kann dies sein: zur Verhütung außerordentlicher Schäden an der Straße, zum Schutz der Wohnbevölkerung vor Lärm und Abgasen, Wohngebiete und Gebiete mit hoher Fußgänger- und Fahrradverkehrsdichte, zum Schutz von Kindern, etc.

Die Anordnung der Tempo 30-Zone in Seeben erfolgte auf Grundlage einer flächenhaften Verkehrsplanung der Gemeinde Halle (Saale) und wurde bereits 1994 umgesetzt. Zur Tonnagebegrenzung (7,5t) kann kein konkreter Aufstellungstermin nachgewiesen werden. Unter Umstände können diese noch bestehenden Verkehrszeichen aus der Vorwendezeit stammen. Jegliche Art der Kontrolle des fließenden Verkehr und auf Einhaltung der Tonnagebegrenzung obliegt der Polizei.

zu 8.2 Anfrage Herr Lothholz zu den mit arabischen Schriftzeichen überklebten Ortseingangsschildern

Herr Lothholz bezog sich auf aktuelle Geschehnisse im Stadtgebiet. In der Nacht vom 14.10. auf den 15.10.2015 wurden diverse Ortseingangsschilder der Stadt Halle (Saale) mit arabischen Schriftzeichen überklebt. Er fragte, ob die Verwaltung strafrechtliche Ermittlungen einleiten wird.

Herr Teschner verwies hier auf die Zuständigkeit der Polizei, welche Straftatbestände verfolgt.

zu 8.3 Anfrage Herr Lothholz zur stattgefundenen Demo gegen Fremdenfeindlichkeit in Halle-Neustadt

Herr Lothholz nahm Bezug auf die am vergangenen Samstag stattgefunden Demonstration in Halle-Neustadt. Er fragte, ob das Polizeikonzept vorgesehen hatte, dass sich die beiden Demonstrationzüge berühren.

Herr Teschner verwies auch hier auf die Zuständigkeit der Polizei.

zu 8.4 Anfrage Herr Lothholz zum Waschmobil zur Reinigung der Mülltonnen

Herr Lothholz bezog sich auf das Waschmobil, welches die Mülltonnen reinigt. Er fragte nach einem Tourenplan.

Die Verwaltung sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8.5 Anfrage Frau Bohm-Eisenbrandt zur BV Energie- und klimapolitisches Leitbild der Stadt Halle (Saale)

Frau Bohm-Eisenbrandt fragte, ob eine Vorberatung der Beschlussvorlage Energie- und klimapolitisches Leitbild der Stadt Halle (Saale) im Ausschuss vorgesehen ist.

Herr Stäglich verneinte dies. Die Beschlussvorlage wird direkt in den Stadtrat eingebracht. Dieser kann über das weitere Beratungserfordernis entscheiden.

zu 8.6 Anfrage Frau Krischok zu Ampeln mit LED-Beleuchtung i.R.d. Haushaltsberatung

Frau Krischok bezog sich auf die Internetseite www.rechne-mit-halle.de. In Bezug auf die Haushaltsberatungen fragte sie, ob es möglich wäre, Ampeln mit LED-Beleuchtung auszustatten. Dieser Bürgervorschlag wird in der nächsten Woche im Finanzausschuss diskutiert. Sie fragte, ob man auch hier im Ausschuss darüber sprechen kann.

Herr Stäglich verwies auf die Stellungnahme der Verwaltung dazu. Diese ist in der Sitzung des Finanzausschusses am 20.10.2015 zu finden.

Frau Krischok nahm dies zur Kenntnis.

zu 8.7 Anfrage Frau Krischok zu nachts ausgeschalteten Ampeln

Frau Krischok fragte, wieviel Prozent der städtischen Ampeln teilweise ausgeschaltet sind.

Die Verwaltung sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8.8 Anfrage Frau Krischok zur ausstehenden Antwort zur Kleingartenkonzeption

Frau Krischok verwies auf die ausstehende Beantwortung zur Kleingartenkonzeption.

Herr Stäglich sicherte eine Beantwortung bis zur nächsten Sitzung zu.

zu 8.9 Anfrage Herr Juister zur Beleuchtung des Steintor-Campus

Herr Juister fragte, ob die Außenbeleuchtung des neuen Steintor-Campus städtisch ist.

Herr Stäglin verneinte dies; das Grundstück gehöre dem Land.

zu 8.10 Anfrage Herr Lothholz zur Baustelle Schleiermacherstraße

Herr Lothholz fragte zur Baustelle Schleiermacherstraße an. Dort stehen Haltverbotschilder und es werde regelmäßig abgeschleppt. Die Baufahrzeuge fahren allerdings eine andere Strecke. Er fragte nach dem Sinn der Schilder.

Herr Teschner erklärte, dass ihm keine Erkenntnisse vorliegen, dass die Fahrzeuge eine andere Strecke benutzen. Mitunter fahren die Baufahrzeuge eine andere Strecke, weil der mit Haltverbotschilder ausgewiesene Bereich trotzdem beparkt wird. Die Verkehrsüberwachungsmaßnahmen richten sich entsprechend nach der Beschilderung.

zu 9 Anregungen

zu 9.1 Anregung Herr Juister

Herr Juister bezog sich auf die am 17.09.2015 stattgefundenen Bürgerversammlung in der Marktkirche. Das massive Auftreten von Rechten war erschreckend. Er regte an, bei wieder stattfindenden Veranstaltungen gegen die Wortergreifungsstrategie dieser Gruppe vorzugehen und diese zu unterbinden.

Weitere Anregungen wurden nicht gegeben und **Herr Scholtyssek** beendete die öffentliche Sitzung.

Uwe Stäglin
Beigeordneter

Andreas Scholtyssek
Ausschussvorsitzender

Katrin Flint
stellvertretende Protokollführerin